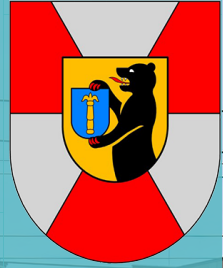


Wir in Mitte.

Ausgabe
März/Apr.
2025



Magazin der CDU für den Bezirk Mitte



In dieser Ausgabe finden Sie u.a. folgende Themen:

- CDU wirkt – Unterstützung für „ungelernte“ Pflegekräfte
- Bürgergespräch zum Anwohnerparken im Nikolaiviertel
- Im Gespräch mit den Einsatzkräften der Feuerwache Schillerpark
- CDU-Fraktion Mitte legt zu!
- Pollerbü geht weiter - 12 neue Kiezblocks in Mitte
- Umzug der Anna-Lindh-Grundschule in das neue Schulgebäude in der Reinickendorfer Straße
- Hansaplatz - ein Ort, an dem man nur durchläuft, wenn man muss!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Mitte,



Sven Rissmann, MdA

auch mit dieser Ausgabe möchte die CDU in Mitte über ihre Arbeit informieren und Sie einladen, uns die Meinung zu sagen, Kritik zu äußern und Anregungen zu geben. Durch die Politik der CDU in Berlin konnte erreicht werden,

dass kürzlich auch für den Leopoldplatz eine „Messerverbotszone“ errichtet wurde. Erste Erfolge sind bereits absehbar. Unser Ziel ist es, dass der Leopoldplatz kein Ort des Schreckens, der Verwahrlosung und der Kriminalität ist, sondern ein Ort, an dem sich alle Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen und frei bewegen können. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten prüfen, ob die Einrichtung der Messerverbotszone eine nachhaltige Wirkung entfaltet und wie sich die Lage für die Anwohnerinnen und Anwohner – hoffentlich zum Besseren – verändert. Wir bleiben dran.

Die Vermüllung in unserem Bezirk Mitte ist unübersehbar und stimmt traurig und wütend. Wir werden weiterhin bei dem „grün“-geführten Bezirksamt Druck machen, Kapazitäten dafür zu nutzen, öffentliche Grünanlagen und Straßen sauber zu halten und vor allem Müllsünder endlich zu verfolgen. Die CDU geführte Koalition im Abgeordnetenhaus von Berlin hat in diesem Zusammenhang kürzlich die Bußgelder für das illegale Ablagern von Müll deutlich erhöht. Nun liegt es auch bei dem „grün“-geführten Bezirksamt, diese Möglichkeiten zu nutzen, um unserem Bezirk schöner zu machen.

Kapazitäten dafür sind ausreichend vorhanden, wenn man nicht - wie die Grünen in Mitte - einen „Kulturkampf“ gegen das Auto betreibt und nun auch noch vorhat, weite Teile mit Pollern quasi zu blockieren. Man stelle sich vor, man nähme diesen Finanz- und Verwaltungsaufwand in die Hand, um bestehende Infrastruktur zu pflegen und zu erneuern oder eben, wie gerade dargestellt, das öffentliche Straßenland sauber zu halten. Auch hier bleiben wir dran!

Viel Spaß beim Lesen wünscht
Ihr

Sven Rissmann, MdA

-Kreisvorsitzender der CDU Mitte-

Impressum

Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P: Sebastian Pieper, stellv. Kreisvorsitzender

CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin

Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de

www.cdumitte.de

<https://www.facebook.com/cdumitte>

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet. Die abgedruckten Bilder unterliegen entweder einer CC-Lizenz, sind privat zur Verwendung freigegeben worden oder von Adobe Stock (Seite 1 von LoCrew/Seite 8 von toa555) lizenziert.

Autoren dieser Ausgabe: Sven Rissmann, Carsten Spallek (CS),

Daniela Fritz (DF), Benjamin Fritz (BF), Gabriele Coccozza (GC)

CDU wirkt – Unterstützung für „ungelernte“ Pflegekräfte

Für „ungelernte“ Fachkräfte im Bereich der Pflege ist die Krankenhausreform auf Bundesebene, die die abgewählte „Ampel“ zu verantworten hat, fatal. Zahlreichen Beschäftigten wurde bereits gekündigt, so auch im Jüdischen Krankenhaus, das im Wahlkreis des direkt gewählten Weddinger Abgeordneten Sven Rissmann liegt. Grund dafür ist die Tatsache, dass diese Pflegekräfte durch die neue Krankenhausreform aus dem Pflegebudget gefallen sind und seit diesem Jahr nun nicht mehr refinanziert werden. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage ist es

einigen Krankenhäusern jedoch auch nicht mehr möglich, eben diese Kräfte selbst zu finanzieren.

Um diese Folgen im Land Berlin abzufedern, hat die CDU-Fraktion Berlin gemeinsam mit dem Koalitionspartner das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Beruf der Gesundheits- und Krankenpflegehelferin und des Gesundheits- und Krankenpfle-
gehelfers im

Land Berlin sowie das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Beruf der Pflegefachassistentin im Land Berlin erfolgreich eingebracht. Diese Gesetzesänderungen sollen es den gekündigten Beschäftigten ermöglichen, ihren Job weiter ausüben zu können. Denn durch die erfolgreiche Nachqualifizierung, die auch von der Arbeitsagentur, einigen Pflegeschulen wie auch dem Jüdischen Krankenhaus unterstützt wird, fallen sie wieder unter das Pflegebudget.

Es zeigt sich einmal mehr: CDU wirkt! (DF)



Bürgergespräch zum Anwohnerparken im Nikolaiviertel

In der Rathausstraße gab es einst über 30 Parkplätze, die quer zur Fahrtrichtung eingezeichnet waren. Vor geraumer Zeit änderte der Bezirk die Anordnung der Parkplätze, sodass nunmehr nur noch längs zur Fahrtrichtung geparkt werden darf. Hierdurch ging der Großteil der Parkplätze verloren, etwa 13 Autos finden hier nur noch Platz. Auch dies wird als reine Schikane des grün-geführten Bezirksamts wahrgenommen. Daher hat der Abgeordnete Lucas Schaal nun gemeinsam mit dem Mieterbeirat des Nikolaiviertels und dem Verkehrsexperten Lasse Hansen zu einem Bürgergespräch eingeladen und die Situation mit den Anwohnern vor Ort besprochen.

Dabei wurden auch Unterschriften für eine Wiedereinführung der früheren Parkordnung mit über 30 Parkplätzen in der Rathausstraße gesammelt, die dem grün-geführten Bezirksamt übergeben wurden.

„Es braucht deutlich mehr Parkplätze, die den Anwohnern vorbehalten sind und für Touristen ein klares

Park-Leit-System in Richtung der kostenpflichtigen Parkhäuser“, fordert Lucas Schaal. Dass Anwohner beim Be- und Entladen von Einkäufen oder Möbellieferungen im Nikolaiviertel derartige Schwierigkeiten haben und dazu vom Ordnungsamt des Bezirks noch mit Bußgeldern drangsaliiert werden, kann jedenfalls nicht so bleiben.

„Es kann nicht sein, dass Anwohner immer länger suchen müssen und dann auch noch hohe Gebühren zahlen, während Touristen und Pendler sich weigern ins Parkhaus zu fahren“, so Dirk Brandenburger und Klaus-Dieter Hinkelmann vom Mieterbeirat im Nikolaiviertel. Ein Problem, dass durch die steigende Zahl von Carsharing-Autos noch verschärft wird.

„Es fehlt leider im Bezirksamt am politischen Willen, ein kluges Verkehrs-Leitsystem für die Innenstadt einzurichten, das insbesondere den verfügbaren Parkraum für die Anwohner erhöht“, so Lasse Hansen, der sich dafür auch im Verkehrsausschuss der BVV Mitte einsetzt. (LS)



Guter Austausch - Lucas Schaal, Lasse Hansen, Klaus-Dieter Hinkelmann und Dirk Brandenburger im Gespräch mit den Anwohnern

Im Gespräch mit den Einsatzkräften der Feuerwache Schillerpark

Poller, Fahrradstraßen sowie Gewalt gegenüber Einsatzkräften - dies sind nur einige der Themen, über die sich der direkt gewählte Weddinger Wahlkreisabgeordnete Sven Rissmann gemeinsam mit dem feuerwehrpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, Alexander Herrmann, mit Vertretern der Behördenleitung der Berliner Feuerwehr sowie Kollegen der Feuerwache Schillerpark ausgetauscht hat.

Es kann und darf nicht sein, dass Mittel zur Verkehrsberuhigung - wie beispielsweise die besagten Kiezblocks

- dazu führen, dass sich Anfahrtszeiten von Rettungskräften verlängern oder Rettungseinsätze nur erschwert möglich sind.

Mit Blick auf die Vorhabenliste des grünen Verkehrsstadtrates in Mitte, Christopher Schriener, der bis zum Frühjahr nächsten Jahres ganze 12 neue Kiezblocks in Mitte errichten will, kann man nur noch mit dem Kopf schütteln. Diese 12 weiteren



Sven Rissmann, MdA (l.) und Alexander Herrmann, MdA vor der Feuerwache

Kiezblocks bedeuten eben nicht nur erschwerte Bedingungen für den alltäglichen Autoverkehr, sondern werden auch für die Einsatzkräfte im Bezirk Mitte eine weitere Herausforderung darstellen.

Der Abgeordnete Sven Rissmann wie auch die CDU-Fraktion Mitte stehen an der Seite der Einsatzkräfte und werden sich auch zukünftig für ihre Belange auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene einsetzen. (DF)



FRAKTION BERLIN-MITTE

Klausurtagung der CDU-Fraktion Mitte

Vom 7. bis 9. März kam die CDU-Fraktion Mitte am idyllisch-gelegenen Döllnsee in der Schorfheide zu ihrer Klausurtagung zusammen. Neben der inhaltlichen Vorbereitung der BVV-Sitzung im März gab es Impulsreferate der beiden CDU-Bezirksstadträte Carsten Spallek und Benjamin Fritz sowie des CDU-Kreisvorsitzenden Sven Rissmann, MdA. Darüber hinaus wurden die Schwerpunkte der weiteren kommunalpolitischen Arbeit für die kommenden 1 1/2 Jahre festgelegt.



CDU-Fraktion Mitte legt zu!

Wechsel des bisherigen verkehrspolitischen Sprechers der Grünen zur CDU-Fraktion lässt die Zahl der CDU-Bezirksverordneten auf 13 anwachsen.

Die politische Gestaltungskraft der CDU-Fraktion wird weiter zunehmen, erklärt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Mitte, Sebastian Pieper: „Unsere Fraktion besteht seit dem Wechsel des bisherigen verkehrspolitischen Sprechers der Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen, Hendrik Böckermann, zur CDU-Fraktion nun aus 13 Bezirksverordneten. Ich freue mich sehr auf die künftige Zusammenarbeit und über Hendrik Böckermanns Entschluss, seine kommunalpolitische Erfahrung, frei von ideologischen Schranken, bei der Union für die Menschen im Bezirk Mitte einzusetzen.“

Die Position der grün-roten Zählgemeinschaft ist damit weiter geschwächt. Ihr fehlen nun bereits zwei Stimmen für eine absolute Mehrheit. Vor dem Hintergrund der anstehenden sehr schwierigen Haushaltsverhandlungen ist das ein gewaltiges Handicap für die grüne Bezirksbürgermeisterin und die sie tragende Zählge-

meinschaft.

Großen Gestaltungswillen hat die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung der BVV-Mitte in jedem Fall eindringlich nachgewiesen. 45%, also fast die Hälfte aller aktuellen Drucksachen, also Anfragen und Anträge, stammten von den Bezirksverordneten der CDU. Themen der Anfragen waren insbesondere fragwürdige Äußerungen des grünen Stadtrats Schriner zum Parkplatzmangel am Virchow Klinikum im Wedding. (OL)



V.l.n.r.: CDU Kreisvorsitzender Sven Rissmann, MdA, Hendrik Böckermann und der Vorsitzender der CDU-Fraktion in der BVV Mitte Sebastian Pieper

Pollerbü geht weiter - 12 neue Kiezblocks in Mitte

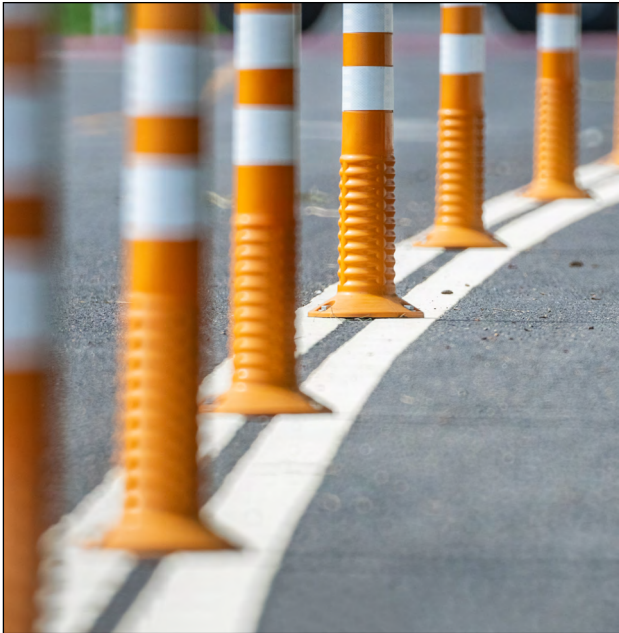
„Pollerbü“ - ein von den Grünen genutzter Begriff, der die durch massive Eingriffe in den Verkehrsraum entstehende innerstädtischen Idylle beschreiben soll. Für die betroffenen Menschen, nicht nur vor Ort, allerdings nichts als blanker Hohn. Die negativen Folgen, sowohl für Anwohner (Mietsteigerungen, Erreichbarkeit durch Dritte u.a.) als auch für andere (Rettungsweg und -zeiten verlängern sich, Schwierigkeiten für Lieferdienste u.a.) wurden bereits in früheren Ausgaben erörtert. Nun plant das Bezirksamt, insgesamt 12 neue Kiezblocks im Bezirk im kommenden Jahr

zu verwirklichen. Dazu wurde eine Internetseite geschaltet, auf der man sich „beteiligen“ kann. Hier werden insgesamt 28 Kieze aufgeführt, aus denen dann am Ende die 12 ausgewählt werden, die zu einem Kiezblock umgestaltet werden sollen.

Erste Kritik wurde bereits laut, so hat die CDU-Fraktion Mitte dazu entsprechende Anfragen in der BVV Mitte eingebracht, so etwa, warum wieder einmal die grundsätzliche Frage des „Obs“ der Maßnahmen gar nicht

erst gestellt wird. Wahrscheinlich fürchtet das Bezirksamt schlicht die Antwort, dass nämlich die Anwohner gar keinen Kiezblock haben wollen! Aber es gibt weitere Kritikpunkte. So kann offenbar von überall und mehrmals auf der Internetseite teilgenommen werden, ohne Registrierung. So

entscheiden ggf. Personen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, die möglicherweise tausende Kilometer entfernt wohnen. Aber auch die Tatsache, dass in diesem Fall eine gänzlich neue Form der „Bürgerbeteiligung“ ausgewählt wurde, ist zu kritisieren. In früheren Fällen gab es



Aushänge in Form von QR-Codes, dann die offizielle Beteiligungsplattform mein.berlin.de, wo man sich zumindest registrieren muss und der Missbrauch dadurch begrenzt ist und schließlich gab es zuletzt sogenannte Nachbarschaftsräte, in denen eine wirklich demokratische Beteiligung eines Querschnitts der Bevölkerung suggeriert wurde. Es wirkt alles sehr willkürlich – das wird die CDU-Fraktion Mitte weiterhin sehr deutlich machen. (OL)

Feierliche Namensgebung für das Rosalind-Franklin-Gymnasium in der Turmstr. 75

Im Rahmen einer feierlichen Namensgebung am 11.02.2025 hat das 13. Gymnasium in der Turmstraße 75 offiziell den Titel Rosalind-Franklin-Gymnasium erhalten. An der Veranstaltung nahmen der Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung Dr. Torsten Kühne (CDU) und der Bezirksstadtrat für Schule und Sport von Mitte Benjamin Fritz (CDU) sowie Lehrer und Schüler teil. Gegründet zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2024/25, nahm es in der zweiten Jahreshälfte 2024 am Standort des Berlin-Kollegs den Betrieb auf. Der Start erfolgte mit vier 7. Klassen und 105 Schülern. Um ausreichend Räumlichkeiten für das neu gegründete Gymnasium bereitzuhalten, hat das Bezirksamt Mitte auch die Verlagerung des zuvor in den Räumen untergebrachten Berlin-Kollegs an den Kollegstandort in Tempelhof-Schöneberg zum Schuljahr 2025/2026 beschlossen. Das Schulgebäude verfügt über eine

große Aula, zwei Computerräume, sehr gut ausgestattete Fachräume und Sammlungen sowie zwei Turnhallen. Auch die technische Ausstattung des Gebäudes ist auf einem hohen Niveau mit modernsten digitalen Tafeln in allen Unterrichtsräumen sowie einem flächendeckenden WLAN.

Der Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung Dr. Torsten Kühne sagte in seinem Grußwort, dass diese möglicherweise einer der schnellsten (wenn nicht die schnellste) Gründungen einer Schule in Berlin war. Der Bezirksstadtrat für Schule und Sport Benjamin Fritz (CDU) ergänzte auch, dass er begrüßt, dass dieses Gymnasium mit dem benannten Profil ab jetzt den Namen Rosalind-Franklin-Gymnasium trägt, da Rosalind Franklin ein Vorbild von Leistung und Fleiß in den Naturwissenschaften im Bereich der Biochemie war. (BF)



Gartendenkmal Engelbecken – ein Trauerbild

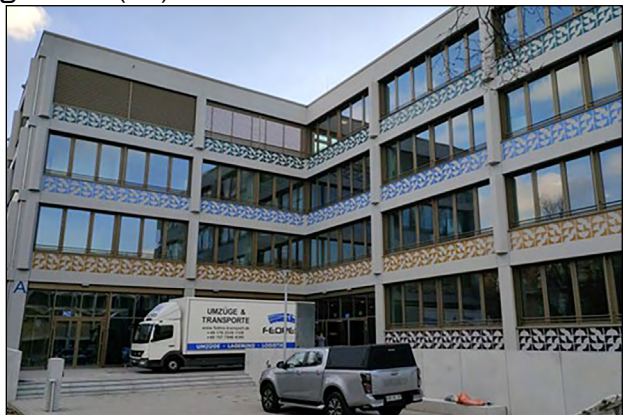
Müll, Graffiti und unzureichend gepflegte Grünflächen sind seit Jahren Ausdruck fehlender Beachtung durch das Bezirksamt. Im Dezember 2024 gab es einen Autounfall, bei dem ein PKW die Umfriedungsmauer durchbrach und in die tiefergelegene Parkanlage stürzte, dabei eine Rosenpergola und Teile des Weges beschädigte. Das Bezirksamt hat seitdem lediglich einen Bauzaun zur Absperrung aufgestellt. Passieren lässt sich die Unfallstelle nicht ohne erhebliche Stolpergefahr. Von Barrierefreiheit kann man keinesfalls sprechen. Allein dieser Zustand ist schon skandalös. Zusätzlich wurde

nun bekannt, dass dem Bezirksamt bereits im September 2024 verfassungsfeindliche Symbole an einer Ziegelwand mit Graffiti gemeldet wurden, diese aber bis heute nicht beseitigt wurden. Die CDU-Fraktion Mitte hat das Bezirksamt inzwischen über den Weg einer Mündlichen Anfrage auf diesen Umstand hingewiesen. Es bleibt zu hoffen, dass das grün-geführte Bezirksamt endlich seine einseitige, rein auf Verkehrswendeprojekte ausgerichtete Politik aufgibt und seine Pflichten wahrnimmt. Es könnte damit am Engelbecken beginnen. (OL)

Umzug der Anna-Lindh-Grundschule in das neue Schulgebäude in der Reinickendorfer Straße

Während die Schülerinnen und Schüler der Anna-Lindh-Grundschule sich Anfang Februar während der Winterferien erholt haben, ist die Schule aus dem Ausweichstandort am Saatwinkler Damm in das neue Schulgebäude in der Reinickendorfer Straße umgezogen. Dieser Umzug wurde durch die Zusammenarbeit des Berliner Senats, des Kollegiums der Anna-Lindh-Grundschule und des Schul- und Sportamts Mitte möglich. Für den Umzug wurden 2.000 Umzugskartons genutzt. Das neue Schulgebäude in der Reinickendorfer Straße wurde vom Berliner Senat im Rahmen der Berliner Schuloffensive finanziert. Im September letzten Jahres wurde die Baumaßnahme des Schulgebäudes fertiggestellt und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und

Wohnen hat es offiziell in das Fachvermögen des Schul- und Sportamtes Mitte übertragen. Seitdem hatte der Bezirk mit Hochdruck an einigen abschließenden Details infrastruktureller Natur gearbeitet, damit die Inbetriebnahme der Schule bis zur ersten Woche nach den Winterferien 2025 gewährleistet werden konnte. (BF)



Hansaplatz - ein Ort, an dem man nur durchläuft, wenn man muss!

Das Einkaufszentrum am Hansaplatz wirkt vernachlässigt. Nicht nur die vielen verschiedenen privaten Eigentümer müssten sich abstimmen, um gegen Vandalismus, geflickte Fensterscheiben oder Graffiti auf den denkmalgeschützten Fassaden vorzugehen. Auch dem Bezirk als Eigentümer des zugeordneten Daches mit einem Deckenloch ist die Sanierungsaufgabe seit Jahren bekannt. Überall ist Schmutz und Dreck. Dringenden Handlungsbedarf sehen die anliegenden Bewohner aber auch im Umgang mit einer Gruppe von trinktuchtigen und teilweise obdachlosen Männern aus Osteuropa, die aggressiv betteln, Schüler, Senioren und vorbeilaufende Anwohner belästigen. Wenn die Polizei gerufen wird, dann wird die Gruppe des Platzes verwiesen, um 10 Minuten wieder zurück zu kehren. Die CDU hat daher im Februar einen Antrag in die BVV eingebracht, der das Bezirksamt ersuchen sollte, Maßnahmen gegen die tätlichen Übergriffe, Belästigungen und das aggressive Betteln am Hansaplatz einzuleiten. Als eine von mehreren Optionen wurde die Einrichtung eines sich in der Vergangenheit bewährten „Runden Tisches“, bestehend aus Gewerbetreibenden, Poli-



zei, Sozialarbeitern, dem Bezirksamt und anderen Akteuren angeregt. Im zuständigen Ausschuss Soziales, Bürgerdienste und Wohnen wurde der Antrag von der SPD, den Grünen und den Linken jedoch abgelehnt. Die Fraktionen begründeten die Ablehnung, man solle sich mit den Obdachlosen arrangieren. Diese seien nicht das Problem, sondern mangelnde geeignete Unterkünfte. Zum Problem würde es hingegen, wenn bzw. weil die Anwohner sich über die Zustände beschwerten. Offenbar sieht leider die Mehrheit in der BVV also keinen Handlungsbedarf. Die CDU bleibt aber an diesem für die Anwohner und Gewerbetreibenden wichtigen Thema dran! (GC)

Lotsendienste unterstützen im Bürgeramt bei der Nutzung digitaler Dienstleistungen

Im März wurde in den Bürgerämtern an den Standorten Osloer Straße und Klosterstraße zur temporären Unterstützung ein neues Angebot eingeführt – der sogenannte „Lotsendienst“. Dieser hat zum Ziel, Unterstützung bei der Nutzung bestehender digitaler Verwaltungsleistungen anzubieten und über die Vorteile zu informieren, wie z.B. zur Nutzung der Online-Ausweisfunktion oder bei der PIN-Zurücksetzung oder ggf. auch einen gewünschten Online-Antrag durchzuführen.

„Ich freue mich, dass wir durch die Einrichtung der Lotsendienste den Bürgerinnen und Bürgern auch eine persönliche Unterstützung vor Ort

zur Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen anbieten können. Die digitalen Verwaltungsangebote werden noch nicht so intensiv genutzt, wie wir es uns wünschen. Dabei liegen die Vorteile auf der Hand: Bürgerinnen und Bürger können bequem von zuhause und ohne Wartezeiten Dienstleistungen nutzen. Auf der anderen Seite werden die Kolleginnen und Kollegen in den Bürgerämtern vor Ort entlastet, können mehr Termine anbieten und sich auf beratungsintensive Dienstleistungen konzentrieren. Es profitieren also alle davon“, so Bezirksstadtrat Carsten Spallek. (CS)

